



Beschluss

TOP I.7: Änderungsbedarf im Urheberrecht

Berichterstattung: Saarland

1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben den Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz vom 3./4. Dezember 2012 zur Kenntnis genommen und sich mit den darin geäußerten Prüfbitten auseinandergesetzt.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten das Bundesministerium der Justiz, die durch die Wirtschaftsministerkonferenz unter Ziffer 2 ihres Beschlusses vom 3. Dezember 2012 an die Justizministerkonferenz herangetragenen Anliegen zu prüfen und gegebenenfalls in die Verhandlungen zum Vorschlag der Kommission einer Richtlinie über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen zur Online-Nutzung von Rechten an Musikwerken im Binnenmarkt einzubeziehen.
3. In Bezug auf Ziffer 3 des Beschlusses der Wirtschaftsministerkonferenz sind die Justizministerinnen und Justizminister der Auffassung, dass die Rechtslage den unterschiedlichen Interessen von Verwertungsgesellschaften und Nutzern in ausreichendem Maße Rechnung trägt.
4. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten das Bundesministerium der Justiz zu prüfen, wie die Empfehlungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ vom 11.12.2007 für eine angemessene und zeitgemäße Repräsentanz aller Wahrnehmungsberechtigten, die an der Wertschöpfung tatsächlich beteiligt sind, in den entscheidungserheblichen Gremien der Verwer-

tungsgesellschaften, besonders bei der Verteilung, zu sorgen und die Aufsicht über die Verwertungsgesellschaften zu verstärken, umgesetzt werden können.